

Hand, wie es heisst. Mit Beatrix Jud steht ihm eine grossgewachsene, stolze Frau gegenüber. Eine, die es als Kind aus einer Schwamwendinger Arbeiterfamilie zur erfolgreichen Unternehmerin gebracht hat. Die ihr eigenes Treuhandbüro aufbaute und es als Stadträtin auch zu politischem Ansehen brachte. Eine Kämpferin, die ihre Ellbogen einsetzen kann, um ihre Ziele zu erreichen, die zurückbeisst, wenn sie attackiert wird.

Muffler und Jud sind beides Alphatiere, und die vertragen sich schlecht. Sie sieht den Grund darin, dass sie ihn einige Male an Fraktionssitzungen kritisierte, wenn er falsche Aussagen gemacht habe. Damit habe er nicht umgehen können. Er sagt, davon wisse er nichts. «Mit politischen Auseinandersetzungen habe ich keine Probleme.»

Jedenfalls erhielt Jud am 23. September 2014 eine E-Mail, in der Muffler ihr mitteilte, dass sie aus der SVP-Sektion Opfikon-Glattbrugg ausgeschlossen worden sei. Sie sei weder angehört worden noch habe man ihr substantielle Gründe für diesen Schritt genannt, sagt sie. Muffler will auf die Einzelheiten nicht eingehen. Jud habe gegen «die Gepflogenheiten der Partei» verstossen. Jud rekurrierte zwar zunächst gegen den

wirken und bekam vom Bezirksrat recht. Muffler bekämpft die Herausgabe des Schreibens jedoch mit einem Rekurs. Zurzeit ist das Verfahren hängig.

Auch die Einsetzung einer PUK hat Muffler vorangetrieben. Das heikle Geschäft war an der Gemeinderatssitzung vom 30. März 2015 gar nicht traktandiert, die interfraktionelle Konferenz, der Muffler angehört, hatte den Antrag erst am Wochenende an die Fraktionen verschickt. Die Ratspräsidentin schlug damals vor, das Geschäft auf die nächste Sitzung zu verschieben, damit die Fraktionen sich «adäquat vorbereiten» könnten. Muffler hielt dagegen und sagte, dass man schnell reagieren müsse, es dürfe nicht aussehen, als sei die Stadt handlungsunfähig. Er habe auch nicht das Gefühl, dass noch offene Fragen vorhanden seien. Also wurde das Geschäft traktandiert und die PUK, in die sich Muffler selbst wählen liess, schliesslich von der Mehrheit angenommen. Die Überraschungstaktik ging auf.

Zudem kann man sich auch fragen, warum die PUK eigens einen 61-seitigen Zwischenbericht publizierte, nur weil die Sozialbehörde möglicherweise zu Unrecht 10 000 Franken Anwaltskosten vergütete. Die Frage hatte weder etwas mit dem eigentlichen Auftrag der PUK zu tun, noch war die Angelegenheit besonders drängend. Sie war aber gut genug, um weitere Negativschlagzeilen auszulösen: «Sozialchefin zahlt ihren Anwalt mit Steuergeld», titelte der «Tages-Anzeiger».

Muffler widerspricht Juds Schilderungen: «Die persönliche Fehde, die ich angeblich gegen Frau Jud führen soll, ist eine reine Erfindung von ihr.» Aus seiner Sicht gab es aber diverse Unstimmigkeiten, die man abklären musste. Dass sie eine IV-Rente beziehe, habe sie niemandem gesagt, ebenso wenig, dass sie durch ihren Hirnschlag Einschränkungen habe. Zudem sei im Raum gestanden, dass sie für ihr Stadtratsmandat lediglich 15 Prozent arbeite.

#### Offene Wunden in der SP

Noch ist die Affäre in Opfikon nicht ausgestanden. Juds Problem: Sie hat nicht nur die SVP unter Mufflers Führung gegen sich, sondern auch die SP. Gemeinsam haben die beiden Parteien eine Mehrheit im Gemeinderat. Jud war 2007 aus der SP ausgetreten und wechselte zur SVP. Sie begründet den Schritt vor allem damit, dass sich ihre politischen Überzeugungen gewandelt hätten. Ein gewisser Opportunismus dürfte bei diesem Schritt aber auch eine Rolle gespielt haben. Schliesslich ermöglichte ihr die SVP den Sprung in den Stadtrat. Bei der SP hat dies Verletzungen hinterlassen, die offensichtlich bis heute schmerzen. So sagte Heinz Ehrensberger, der ehemalige Präsident der SP Opfikon, 2015 zum «Blick»: «Sie wechselte dorthin, wo sie die besten Wahlchancen für den Stadtrat hatte. Aus reinem Egoismus.» Das sei eine der grössten Enttäuschungen in seiner politischen Karriere gewesen. Selbst wenn man den Ärger verstehen mag: Rechtfertigt das eine öffentliche Demontage?

Jud will jedenfalls weiterkämpfen: «Viele dachten wohl, dass ich wegen der Affäre zurücktrete, aber diesen Gefallen werde ich meinen Widersachern nicht tun. Ich habe nichts falsch gemacht.» Sie prüfe nun rechtliche Schritte, darunter auch Anzeigen. Zunächst will sie aber die anstehenden juristischen Entscheide abwarten. Doch von einem schlechten Ruf kann man sich kaum wieder reinwaschen. Das wissen auch ihre Gegner.

## Warum wird wegen 10 000 Franken ein 61-seitiger Bericht publiziert?

Entscheid, trat aber schliesslich im November freiwillig aus der SVP Opfikon aus.

Doch welches Motiv könnte Muffler haben? Fakt ist, dass er selbst in den Stadtrat wollte. Zu den Wahlen 2014 liess er sich gemeinsam mit Tan Birlesik aufstellen, und zwar ohne die Strategie mit den beiden amtierenden SVP-Stadträten Bruno Maurer und Beatrix Jud abzusprechen. Ein klarer Angriff. Denn dass die SVP vier von sieben Sitzen erobern würde, war ausgeschlossen. Muffler und Birlesik blieben am Wahlsonntag denn auch auf der Strecke. Nun wird natürlich gemunkelt, dass Muffler mit seiner Attacke versuche, Jud aus dem Amt zu bugisieren. Das sind aber freilich nur Spekulationen.

Muffler war aber in jedem Fall aktiv, wenn es darum ging, gegen Jud vorzugehen. Sie geht sogar davon aus, dass er die Informationen für den Enthüllungsbericht im «Tages-Anzeiger» geliefert hat. Belegen lässt sich aber lediglich, dass er eine E-Mail an die Behörden in Baselland schickte. Diese ist zwar nicht mehr vorhanden. Daniel Liechti, Leiter Bevölkerungsdienste und Sicherheit der Gemeinde Reinach, kann sich jedoch erinnern, dass Muffler darin angeboten habe, Hinweise zu Juds Wohnsitz zu liefern. Zudem hat Muffler Informationen an den Bezirksrat Bülach geschickt, und zwar am 18. Februar 2015. Just an jenem Tag, als der Artikel im «Tages-Anzeiger» erschienen ist. Was in der E-Mail an den Bezirksrat stand, ist nicht bekannt. Jud wollte die Herausgabe dieser E-Mail er-

## Affäre um Anwaltskosten

jhu. · Die parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) kam im Zwischenbericht zum Schluss, dass sich Beatrix Jud wohl zu Unrecht Anwaltskosten vergüten liess. Jud zog wegen der Untersuchung gegen sie einen Anwalt bei, der sie 17 644 Franken kostete. Das Geld wollte sie vom Stadtrat zurückerstattet haben. Dieser lehnte ab und berief sich auf ein Memorandum eines Anwalts, das zeigte, dass für die Kostenübernahme keine rechtliche Grundlage bestehe. Jud stellte daraufhin bei der Sozialbehörde einen Antrag, die Kosten zu begleichen. Die Behörde entschied, ihr 10 000 Franken zu bezahlen. In der

Folge sprach Jud nochmals beim Stadtrat vor für die Vergütung der Restkosten, was dieser ablehnte. Die PUK ist der Ansicht, Jud müsse das Geld zurückbezahlen. Rechtlich ist die Frage aber umstritten. Der Stadtrat und die PUK stützen sich lediglich auf ein kurzes Memorandum, also nicht auf ein ausgefeiltes Rechtsgutachten. Zwar ist es tatsächlich so, dass es keine gesetzliche Grundlage für die Kostenübernahme gibt. Beim Kanton ist es aber seit Jahren gängige Praxis, dass Anwaltskosten von Regierungsräten aus der Staatskasse bezahlt werden. Über die Frage wird nun der Bezirksrat Bülach befinden.

# Bürgerliche fordern maximale Höhe

Die Baupläne für das Hochschulgebiet bleiben vor allem in einem Punkt umstritten

STEFAN HOTZ

Am Montag schafft der Kantonsrat im Richtplan die Grundlagen für die Entwicklung des Hochschulquartiers auf der Basis des Masterplans 2014. Vor über 9 Jahren tat er das Gleiche schon einmal, aufgrund des Masterplans 2006. Dennoch ist man einen grossen Schritt weiter. Damals bestand Unklarheit über die Absichten des Universitätsspitals (USZ), das noch seine Verlegung vor die Tore der Stadt diskutierte. 2011 fällte der Regierungsrat den Grundsatzentscheid, die Medizin im Zentrum nahe bei Universität und ETH zu entwickeln.

In der Neuauflage steht das USZ, für das die bauliche Erneuerung dringend ist, im Fokus. Im Rat ist das Projekt mit dem Namen «Berthold», das sich über eine Generation mit Kosten von rund 4,5 Milliarden Franken erstreckt, ungefährdet. Eine völlige Neuplanung steht nicht mehr zur Diskussion. Der Abruch des geschützten Hauptbaus von Haefeli-Moser-Steiger ist nur noch als «Kann-Formulierung» vorgesehen.

#### 521, 512 oder 508 Meter ü. M.

Zur Entspannung trug bei, dass Universität, USZ und ETH ihre Ansprüche reduzieren konnten. Derzeit rechnen sie mit zusätzlich 315 000 Quadratmetern Fläche. Das trifft sich mit dem Antrag der Kommission für Planung und Bau (KPB). Sie hat die von der Regierung gewünschten 350 000 auf 320 000 Quadratmeter reduziert. Peter Bodmer, Projektleiter und Gesamtkoordinator Hochschulgebiet Zürich Zentrum, sagt, das USZ optimiere aus betriebswirtschaftlichen Gründen laufend seinen Flächenbedarf und prüfe, was nicht zwingend im Zentrum sein müsse.

Über die Fläche ist man sich einig, nicht aber über die Höhe. Erst hat man für den neuen USZ-Hauptbau eine Obergrenze von 521 Metern über Meer

errechnet. Die FDP fordert eine maximale Höhe von 508 Metern. Nun doppelt Roger Liebi (svp., Zürich) nach und verlangt in einem kurzfristig eingereichten Antrag ein Maximum von 512 Metern über Meer, ein Stockwerk höher, als die FDP zulassen will. Dieser Ruf nach einer Beschränkung von bürgerlicher Seite erstaunt insofern, wollen FDP und SVP doch sonst den kantonalen Spitälern möglichst viel Freiraum verschaffen.

Fällt der FDP-Antrag am Montag als Erstes aus dem Rennen, hat der SVP-Vorschlag in der zweiten Runde eine Chance. Eine maximale Höhe von 512 Metern sei allemal besser als gar keine Begrenzung, sagt KPB-Mitglied Sonja Rueff (fdp., Zürich). FDP und SVP verfügen zwar zusammen nicht über die Mehrheit. Liebi sagt aber, er habe Signale von SP-Vertretern aus der Stadt, die seinen Vorschlag unterstützen wollen. Möglich ist auch, dass noch eine kleine Fraktion aufspringt.

Eine andere Frage ist, ob eine Obergrenze bei 512 Metern ü. M. Folgen hat. Laut Peter Bodmer nicht: Das USZ habe aus betrieblichen Gründen kein Interesse, in die Höhe zu bauen. Eine

## Pro Berthold

sho. · Kürzlich hat sich ein Komitee «Pro Berthold» gebildet. Es setzt sich dafür ein, die bauliche Entwicklung für Universität, USZ und ETH an zentraler Lage in Zürich rasch und quartiergerecht umzusetzen. Das Co-Präsidium bilden unter anderem die beiden Zürcher Ständeräte Ruedi Noser (fdp.) und Daniel Jositsch (sp.), ihr Vorgänger Felix Gutzwiller (fdp.), die Nationalrätinnen Regine Sauter (fdp.), Tiana Angelina Moser (glp.) und Barbara Schmid (cvp.) sowie ihr Kollege Hans Egloff (svp.).

# Roboter auf dem Weg in die Teppichetagen

NZZ-Podium zur Zukunft der Arbeit

ng. · Die raschen technologischen Umwälzungen verändern die Arbeitswelt von morgen fundamental. Droht deshalb Massenarbeitslosigkeit, oder entstehen wieder viele neue Jobs? Wie sollten sich die Unternehmen auf den digitalen Wandel einstellen? Welche gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen sind zu erwarten, und wie ist darauf zu reagieren? Solche Fragen wurden am Donnerstagabend am NZZ-Podium zum Thema «Zukunft der Arbeit» unter der Leitung von Martin Meyer, dem ehemaligen Feuilletonchef der NZZ, diskutiert.

«Roboter werden intelligenter werden als wir», sagte Dirk Helbing, Professor für Soziologie an der ETH Zürich, in seinem Einleitungsreferat. Sie würden nicht mehr nur Werkzeuge und Helfer sein, sondern vermehrt zu Konkurrenten und Chefs werden. Helbing erwartet zudem, dass im Zuge der Digitalisierung in den nächsten ein bis zwei Jahrzehnten die Hälfte aller heutigen Tätigkeiten wegbrechen wird. Gleichzeitig entstehen durch den Wandel aber wieder viele neue Aufgaben, die man sich heute noch kaum ausmalen kann.

Für etablierte Firmen bedeutet die gegenwärtige Transformation, dass sie sich ganz neue Konzepte ausdenken und Gewissheiten über Bord werfen müssen. Damit die Unternehmen diesen Wandel meistern und sich gegenüber Startups mit neuartigen Geschäftsmodellen behaupten können, braucht es laut Doris Aebi, Gründerin und Mitinhaberin der Executive-Search-Firma Aebi + Kuehni AG, auch die entsprechende Kompetenz in den Führungsetagen. Dafür müssten die Chefs bereit sein, von den Jüngeren zu lernen. Die heutigen Topmanager

seien noch über lineare Organisationsstrukturen und Kontrolle sozialisiert worden. «Im Informationszeitalter sind nun aber flache Hierarchien und ein schneller Austausch gefragt», sagt sie.

Als zentraler Schlüssel, um dem Wandel in der Arbeitswelt zu begegnen, gilt die Aus- und Weiterbildung. Der Ökonom und ehemalige Preisüberwacher Rudolf Strahm führte die stabile Entwicklung der mittleren Einkommen in der Schweiz vor allem auf das gute Bildungssystem zurück. Insbesondere die mittleren Kader in den KMU würden sich gut auf die Veränderungen einstellen und ihren Fachkräften Weiterbildungen ermöglichen. Die Schweiz zähle zu den Ländern, welche die Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt bisher gut bewältigt hätten.

Kurzfristig dürfte die Arbeitslosigkeit infolge des tiefgreifenden digitalen Wandels zunehmen. Auf längere Sicht entstehen zwar wieder neue Arbeitsplätze, doch dazwischen liegt ein Anpassungsprozess, der grössere Verwerfungen mit sich bringen kann. Um bei diesem Übergang die Gesellschaft zusammenhalten zu können, brachte Aebi ein bedingungsloses Grundeinkommen in die Diskussion ein. Dies sei jedenfalls kreativer, als Roboter zu besteuern, sagte sie. Auch Helbing konnte der Idee einer Steuer auf Roboter wenig abgewinnen. Um das Potenzial des technologischen Fortschritts in Zukunft zu nutzen, sei vielmehr eine fundamentale Änderung des Systems notwendig, das neue Anreize setzen müsse. Es gelte jetzt darüber nachzudenken, wie künftig das Kapital und die Ressourcen dorthin fliessen könnten, wo die besten Ideen generiert würden.

solche Limite schränke zwar die Gestaltungsfreiheit im künftigen Architekturwettbewerb ein, habe aber keinen Einfluss auf das weitere Verfahren, sagt er. Sonja Rueff dreht diese Argumentation um: Wenn eine Grenze niemandem wehtue, könne man sie doch, um Zweifeln entgegenzukommen, im Richtplan verankern. Die Regierung lehnt überdies wie die KPB aus formellen Gründen eine Höhenbegrenzung ab, weil sie im Richtplan nichts zu suchen hat.

#### Quartiergespräche im Mai

Im Kantonsrat werden auch Verkehrsfragen sowie die Zwischen- und Grünräume im Hochschulquartier zu reden geben. Bodmer sagt, die Projektleitung befasse sich intensiv mit der Frage, wie die Pendlerströme vom Central einerseits und vom Bahnhof Stadelhofen andererseits ins Hochschulgebiet gelangen. Umfangreiche Massnahmen zum Verkehr kämen aber erst in der zweiten Etappe nach 2026 zum Zug. Der Entscheid des USZ, Teile der ambulanten Behandlung in den «Circle» an den Flughafen auszulagern, habe in diesem Punkt zu einer Entspannung geführt.

Im zweiten Quartal 2017 sollen, sofern der Kantonsrat den Richtplan genehmigt, die Gestaltungspläne öffentlich aufgelegt werden. Im Mai sind ausserdem Roundtable-Gespräche zu drei Themen mit Quartiervertretern und weiteren Beteiligten vorgesehen. Im Herbst werden die Einwendungen und die Erkenntnisse aus dem laufenden Studienauftrag zum Stadtraum in die Gestaltungspläne eingearbeitet und diese festgesetzt. Laut Bodmer besteht die Absicht, was dort rechtsverbindlich nicht verankert werden kann, in ein Weissbuch aufzunehmen, das dann als Richtschnur für die Entwicklung des Hochschulgebiets dient.

# Verkehrsbetriebe verzeichnen mehr Unfälle

doz. · Laut der Schadenstatistik der Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) kam es im Jahr 2016 zu mehr Unfällen als noch im Vorjahr. So wurden im vergangenen Jahr 1990 Schadenereignisse verzeichnet, das sind 217 mehr als im Jahr 2015. Dies sei aber nicht auf einen tatsächlichen Anstieg der Ereignisse zurückzuführen, sondern auf eine neue und detailliertere Erfassung von Bagatellschäden, teilen die VBZ in einem Communiqué mit. Insbesondere steigt die Anzahl der Unfälle mit Körperverletzung. Wurden 2015 noch 478 Fälle verzeichnet, waren es 507 im Jahr 2016. Auch ein Anstieg von Stoppunfällen, also solchen Unfällen, die sich ereignen, weil das Fahrpersonal wegen eines anderen Verkehrsteilnehmers einen Notstopp einleiten muss, ist zu beobachten. Drei Unfälle endeten tödlich.

Die Anzahl böswilliger Beschädigungen stieg von 108 auf 117. Einzig rückläufig ist die Zahl der Laser-Blendungen. In einigen Fällen gelang es aufgrund der Sensibilisierung des Fahrpersonals, die Täter zu eruiieren. Laut der Mitteilung bringen die VBZ jede Laser-Blendung konsequent zur Anzeige.

Präventionsarbeit wird mit zwei Sonderfahrzeugen geleistet, die auf dem VBZ-Netz unterwegs sind. Sie verstärken damit die 2013 lancierte Kampagne «Sicher unterwegs», indem sich im Innern der Fahrzeuge Crashtest-Dummys in VBZ-Blau befinden, die als Botschafter für Sicherheitsfragen Tipps rund um sicheres Verhalten in Tram und Bus verdeutlichen.

Die Ereignisse, die versicherungstechnische beziehungsweise haftpflichtrechtliche Folgen haben und von den VBZ nach verschiedenen Kategorien erfasst werden, bilden die gesamte VBZ-Transportleistung in Stadt und Region ab.